

Stühlerücken bei Zertifikate-Emittenten

Deka übernimmt LBB-Papiere – RBS gibt Zertifikategeschäft auf

Der Markt für Strukturierte Produkte bleibt in Bewegung. Die Dekabank übernimmt das Zertifikategeschäft der LBB. Mitte Juli haben sich die Vorstände beider Häuser auf die Eckpunkte für den Verkauf des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts der LBB, zu dem neben den Zertifikaten auch die Fondsgesellschaft LBB Invest gehört, an die Deka geeinigt. Die Maßnahme ist Teil eines laufenden Umbaus innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Die LBB soll sich künftig auf die Rolle einer Großsparkasse in der Hauptstadt konzentrieren. Hierbei ist vorgesehen, noch in diesem Jahr auch auf die Marke *Landesbank Berlin* zu verzichten. Die Deka soll zentrales Wertpapierhaus der Sparkassen werden, wozu zunehmend auch das Angebot von Zertifikaten gehört. Seit dem offiziellen Start des Angebots für Privatanleger zu Beginn des Jahres hat die Deka nach eigener Aussage rund 380 Mio. Euro in strukturierten Wertpapieren platziert. Mit den 3,8 Milliarden in Papieren der LBB, käme sie damit auf ein Gesamtvolumen von 4,2 Mrd. Euro.

Einen genauen Zeitplan für die Zusammenführung haben die beiden Institute aber noch nicht vorgelegt. Bereits vollzogen

ist indes die Fusion von ETFlab und Deka Investment. Mit der Verschmelzung wurde die ohnehin bestehende funktionale Zuordnung der ETF in den Bereich „Wertpapieranlagen und Kapitalmarkt“ auch formal vollzogen. Die Indexfonds sind ab sofort schon am Namen als Deka-Papiere erkennbar. Für die ETFlab-Anleger ändert sich sonst aber nichts.

Dies gilt zunächst auch für die Inhaber von Zertifikaten der RBS. Die Bank hat angekündigt, aus dem Geschäft mit Zertifikaten auszusteigen. Trotzdem werden weiter Preise gestellt und neue Papiere emittiert. Dies sei Voraussetzung, um den Wert der Sparte zu erhalten und einen Käufer zu finden, so die Begründung. Nach Medienberichten erwägen die Commerzbank, BNP Paribas und die Société Générale den Kauf der Sparte. Aber auch Credit Suisse und JP Morgan hätten Interesse angemeldet. Der Grund für den Rückzug aus dem Zertifikategeschäft liegt in der Umstrukturierung der Bank. Die britische Regierung hält derzeit 81 Prozent an der RBS, will diesen Anteil jedoch in private Hände zurückgeben. Dazu sollen Risikogeschäfte abgebaut werden. Im Investmentbanking sind 2.000 Stellen betroffen. *DZB*

Weniger Beschwerden zur Anlageberatung

Schlichtungsstelle der privaten Banken zieht positive Bilanz

Die Beschwerden über Anlageberatung nehmen ab. Bei den Ombudsleuten der privaten Banken sind 2012 deutlich weniger Meldungen eingegangen als in den Vorjahren. Dies erklärte der Bundesverband deutscher Banken, wo die Schlichtungsstelle der privaten Geldinstitute angesiedelt ist.

Betrafen zwischen 2009 und 2011 noch mehr als die Hälfte aller Beschwerden der Anleger das Wertpapiergeschäft, waren 2012 nur noch rund ein Drittel hier einzuordnen (37 Prozent). Hier spüre man die deutliche Beruhigung im Nachgang der Finanzkrise, erklärte der Verband. Insgesamt sind im vergangenen Jahr 7.179 Fälle bei der Beschwerdestelle eingegangen. Das sind 13 Prozent weniger als im Vorjahr. Beinahe genauso häufig wie Beschwerden zu Wertpapier-

geschäften wurden 2012 Kreditgeschäfte bemängelt (36 Prozent). Um den Zahlungsverkehr ging es bei 20 Prozent der Fälle. Mit rund drei Prozent ist die Zahl der Beschwerden zum „Girokonto für jedermann“ weiter rückläufig. Ein thematischer Schwerpunkt war 2012 die Frage, ob Bearbeitungsgebühren bei Verbraucherdarlehen zulässig sind. In dieser Rechtsfrage steht allerdings noch ein hochrichterliches Urteil aus, dem das Ombudsverfahren nicht vorgreifen kann.

Laut Andreas Krautscheid, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes deutscher Banken, nimmt die Bedeutung alternativer Streitschlichtungsverfahren generell weiter zu. Auch auf EU-Ebene gebe es mittlerweile Bestrebungen, alternative Streitbeilegungen zu stärken. *DZB*

Veranstaltungen

 **DZB** unterwegs &  **BayernLB**


Was wird aus der Anlageberatung?

Roadshow mit Experten der BayernLB


- 09. September 2013 – Berlin
- 10. September 2013 – Hannover
- 11. September 2013 – Hamburg
- 16. September 2013 – Frankfurt a. Main
- 17. September 2013 – München

Beginn ist jeweils 17.30 Uhr. Die Teilnahme ist für Abonnenten des *DZB* kostenfrei. Anmeldung und Informationen unter: www.zertifikateberater.de/unterwegs

Private Banking Gipfel  Am 18. November werden in Berlin wieder die besten Vermögensverwalter ausgezeichnet. Zum zehnten Mal laden die *Fuchsbriefe* zum Private Banking Gipfel ein. Die Preisverleihung findet in den Total Towers am Berliner Hauptbahnhof statt. Die Private Banking Prüfinstanz (PBPI) lässt Testkunden jährlich rund 100 Beratungsgespräche bei Banken und Vermögensverwaltern durchführen, um die Qualität der Erstberatung zu prüfen. Im vergangenen Jahr wurde Feri Trust als bester Vermögensmanager ausgezeichnet. In der Ewigen Bestenliste verdrängte die DZ Privatbank in Luxemburg die Bank Julius Bär aus der Schweiz von Platz 1. Die PBPI ist ein Zusammenschluss vom Verlag Fuchsbriefe und Dr. Richter / IQF, in Zusammenarbeit mit der Deutschen Börse, Market Data & Analytics sowie Quantvest.

DZB Webinare  Der DZB bietet wieder eine kostenfreie Online-Schulung an. Das Webinar ist ein Angebot der *DZB Akademie* zur Vertiefung des Beitrags in dieser Ausgabe (S. 52/53) zum Thema „Optimale Laufzeit“. Die Schulung findet am 26. September um 16 Uhr statt. Registrierung und Teilnahme auf: www.zertifikateberater.de/webinar

Derivate Tag 2013  Der Deutsche Derivate Tag, den der DDV jährlich in Frankfurt veranstaltet, findet in diesem Jahr am 16. September in der Villa Kennedy statt.

Zertifikate Awards 2013  Das Datum für die diesjährigen Zertifikate Awards steht fest. Am 3. Dezember trifft sich die Branche zur feierlichen Preisverleihung in Berlin.

Aktuelle Urteile & Prozesse

Anleger pfändet S&K In den vergangenen Wochen wurden mehrere Insolvenzverfahren über S&K Fonds eröffnet. Nahezu zeitgleich hat ein geschädigter Anleger beim Amtsgericht München eine Pfändung gegen Jonas Köller, einen der zwei S&K-Chefs erwirkt. Köller und Stephan Schäfer sitzen seit Februar wegen des Verdachts auf Betrug und Betrieb eines illegalen Schneeballsystems in Untersuchungshaft. Köller war indirekt an einem Hochhaus beteiligt und reichte seinen Teil an einen S&K-Fonds weiter. Dafür sollte ihm der Fonds mehrere Raten zahlen. Diese Zahlungen werden durch den Pfändungsbeschluss nun blockiert. Das Gericht akzeptierte einen Prospektfehler als Begründung für die Pfändung.

Genussscheine steuerfrei Gewinne aus obligationsähnlichen Genussrechten, die vor 2009 gekauft wurden, unterliegen auch nach Einführung der Abgeltungsteuer nicht der Kapitalertragsteuer. Das hat der Bundesfinanzhof mit einem Urteil bereits Ende 2012 entschieden, das jetzt veröffentlicht wurde (Az.: I R 27/12). Der BFH hatte die Frage zu klären, ob die obligationsähnlichen Genussrechte unter Bestandsschutz fallen und bejahte dies. In Vorinstanz hatte bereits das Finanzgericht Hessen der Anleger-Klage stattgegeben.

Haftstrafe für Berater Rund 8,4 Mio. Euro an Kundengeldern soll ein Bankangestellter veruntreut und teils bei Glücksspielen verloren haben. Der Mann ließ sich Kundengelder auszahlen oder vereinnahmte Geld, das eigentlich investiert werden sollte. Mit Gewinnen aus Glücksspielen wollte er den Kunden das Geld wieder zurückzahlen. Diese reichten aber bald nicht mehr aus. Dennoch blieb sein Vorgehen in der Deutsche-Bank-Filiale, wo der Berater beschäftigt war, mehr als drei Jahre unentdeckt. Beim Prozessauftritt am Landgericht Stade war der 39-Jährige geständig. Er verwies dabei auf seine Spielsucht und sein schlechtes Gewissen gegenüber den Kunden. Er habe ihnen Produkte verkaufen müssen, die „nicht funktionieren“. Konkret nannte er einen Lebensversicherungsfonds. Ihn erwartet nun eine mehrjährige Haftstrafe.

Emittenten wollen alle Kosten offen legen Zertifikatehäuser verpflichten sich zu neuem Fairness Kodex

Die im Deutschen Derivate Verband (DDV) zusammengeschlossenen Emittenten haben in einer überraschenden Vorankündigung die Eckpunkte eines neuen *Fairness Kodex* bekanntgegeben. Der von der Mitgliederversammlung bereits abgesegnete, aber noch nicht abschließend ausformulierte neue Verhaltenskodex soll den bereits seit längerem bestehenden *Derivate Kodex* um wesentliche Aspekte der Produkt- und Kostentransparenz erweitern. Dabei handelt es sich wie zuvor um eine freiwillige Selbstverpflichtung der Emittenten, die auch dazu dienen soll, einer noch weiter verschärften Regulierung vorzugreifen.

Kern des neuen Kodex ist der Ausweis des sogenannten *Issuer Estimated Value* (IEV), der künftig in den Produktinformationsblättern für Zertifikate veröffentlicht werden soll. Mit dem IEV gibt der jeweilige Emittent an, wie hoch er den tatsächlichen Wert des Zertifikats einschätzt. Der Differenzbetrag zum Ausgabepreis soll somit Maßzahl für die Höhe aller für das Papier anfallenden Kosten sein. Hierzu zählen vor allem die Strukturie-

rungs- und erwartete Absicherungskosten, aber auch die Emittentenmarge und etwaige Vertriebsprovisionen. „Keine andere Branche hat sich bislang einer derart strengen Selbstverpflichtung bezüglich der Kostentransparenz unterworfen“, kommentiert DDV-Geschäftsführer Christian Vollmuth.

Eine weitere Neuerung ist der geplante Ausweis von rechnerischen Eintrittswahrscheinlichkeiten für Renditeoptionen. Allerdings sollen diese Kennzahlen zunächst offenbar nur für eine begrenzte Anzahl von Papieren veröffentlicht werden. Der Verlautbarung folgend ist die Ermittlung der Wahrscheinlichkeiten bei Kapitalschutzpapieren geplant, die einen Mindest- und einen Höchstzins ausweisen. Betroffen wären damit vor allem die *Vario Zins*-Garanten der DZ Bank. Weiterhin verpflichten sich die DDV-Mitglieder mit dem neuen Kodex ausdrücklich zu einer fairen Gestaltung ihrer Wertpapiere mit einem „ausgewogenen Verhältnis“ von Risiko und Chance. Die endgültige Fassung der neuen Richtlinien soll am 16. September veröffentlicht werden. *DZB*

Indizes sollen transparenter werden Nach Libor-Skandal fokussieren Regulierer Indizes und ETF

ETF eilt ein guter Ruf voraus. Sie gelten gemeinhin als sehr transparent. Mit zunehmender Investitionssumme und neuen innovativen Angeboten rücken aber auch die Vorzeigepapiere ins Visier der Regulierer. Im Juni hat die internationale Dachorganisation der Wertpapieraufsichtsbehörden, IOSCO, neue Richtlinien zu ETF vorgelegt. Darin fordert sie insbesondere strengere Regeln bezüglich der Gebührentransparenz und Produktklassifizierung. Die Hauptkritik der Aufsichtsbehörden richtet sich aber weniger auf die ETF selbst, sondern auf die Indizes, die damit abgebildet werden. Dazu hat die IOSCO einen eigenen Report erstellt und auch die europäischen Behörden European Securities and Markets Authority (ESMA) und European Banking Authority (EBA) haben sich gemeinsam des Themas angenommen. Auslöser dafür war der Libor-Skandal. Er brachte die Intransparenz von Benchmarks erst auf die Agenda.

Die europäischen Regulierer fordern, nur Indizes als Grundlage für ETF zuzulassen, wenn die Berechnungsmethode sowie die Indexbestandteile und deren Gewichtung umfänglich veröffentlicht werden. Außerdem sollen für den Index klare Regeln und objektive Kriterien gelten. ESMA und EBA wollen erreichen, dass Investoren die Indexkalkulation genau nachvollziehen können. Die IOSCO stellt ebenfalls höhere Transparenzanforderungen und moniert den potenziellen Interessenskonflikt bei Emittenten, die ETF auf hauseigene Indizes begeben. Sie befürchtet, dass somit Informationen nicht öffentlich zwischen Index- und ETF-Anbieter fließen und der Index somit manipuliert werden könnte. Im nächsten Schritt müssen nun die nationalen Behörden entscheiden, wie sie auf die Richtlinien reagieren. *DZB*